DeutscherAnwaltVerein

BUNDESRECHTSANWALTSKAMMER

An die
Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt in Berlin
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

per E-Mail

Berlin, den 26.Oktober 2015

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Situation von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten in China hat sich in dramatischer Weise verschlechtert. Im Zuge eines landesweiten Vorgehens sind seit dem 9. Juli 2015 zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, die sich für die Menschenrechte anderer engagiert haben, inhaftiert worden bzw. „verschwunden". Auch sind nach Informationen von Amnesty International mindestens drei Anwaltskanzleien durchsucht worden.

Das rigorose Vorgehen der chinesischen Behörden gegen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte und andere Vertreter der Zivilgesellschaft hat die deutsche Anwaltschaft zutiefst erschrocken. Auch und gerade weil die Inhaftierung kurz nach dem 15. Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog am 6. und 7. Juli 2015 in Peking erfolgte.

Die Behörden werfen den Rechtsanwälten vor, eine „kriminelle Vereinigung" gebildet und „ernsthaft die öffentliche Ordnung" gestört zu haben. Ihre Maßnahmen stützen die chinesischen Behörden nach uns vorliegenden Informationen auf das jüngst erlassene neue „Gesetz zum Schutz der nationalen Sicherheit", welches international starken Protest ausgelöst hat. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Zeid Ra'ad Al Hussein kritisierte es als Einfallstor für Einschränkungen der Bürger- und Menschenrechte und für Menschen, die sich für die Rechte anderer auch beruflich einsetzen, wie Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte.

Die Bundesrechtsanwaltskammer und der Deutsche Anwaltverein sind in großer Sorge, dass unsere chinesischen Kolleginnen und Kollegen Opfer von Folter und Misshandlung werden könnten. In einem Schreiben haben wir den für den Rechtsstaatsdialog zuständigen Minister Song Dahan um Auskunft über die Gründe der Festnahme und der Durchsuchung der Anwaltskanzleien sowie den Verbleib unserer Kolleginnen und Kollegen gebeten und an die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards appelliert, zu der sich die Volksrepublik China auch rechtlich verpflichtet hat. Eine Antwort haben wir nicht erhalten.

Deutscher Anwaltverein e. V.

Littenstraße 11
10179 Berlin
Deutschland

Tel. +49.30.72 61 52 - 0
Fax +49.30.72 61 52 - 190
Mail dav@anwaltverein.de
Web www.anwaltverein.de

Bundesrechtsanwaltskammer

Littenstraße 9
10179 Berlin
Deutschland

Tel. +49.30.28 49 39 – 0
Fax +49.30.28 49 39 – 11
Mail zentrale@brak.de
Web www.brak.de

Wir möchten Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, bei Ihrem Besuch in der Volksrepublik China um ein Zeichen der Solidarität mit den verfolgten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten bitten.

Die Kriminalisierung von Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten allein aufgrund der Wahrnehmung der ihnen in ihrem Beruf naturgemäß zukommenden Aufgaben widerspricht zahlreichen international anerkannten menschenrechtlichen Standards, so etwa auch der Erklärung über das Recht und die Verantwortlichkeit von Individuen, Gruppen und der Zivilgesellschaft zur Förderung und zum Schutz allgemein anerkannter Menschenrechte und Grundfreiheiten (UN GA Res. 53/144 vom 08.03.1999; UN-Erklärung über Menschenrechtsverteidiger).

Jedenfalls kann und will die deutsche Anwaltschaft die Vorkommnisse nicht unkommentiert lassen. Wir hoffen mit Ihnen, sehr geehrte Frau Dr. Merkel, eine engagierte Mitstreiterin an unserer Seite zu haben.

Es ist aus unserer Sicht besonders wichtig, dass dem Einsatz für die Schaffung der anwaltlichen Unabhängigkeit und für sonstige Rahmenbedingungen, die Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten eine wirkungsvolle Vertretung der Interessen der Mandanten ermöglichen, auch auf politischer Ebene eine höchstmögliche Priorität gerade und insbesondere im Deutsch-Chinesischen Austausch eingeräumt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt u. Notar Ulrich Schellenberg
Präsident
Deutscher Anwaltverein

Rechtsanwalt Ekkehart Schäfer
Präsident
Bundesrechtsanwaltskammer